

Stand: 27.01.2026 05:29:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2364

"Durchführung einer Expertenanhörung zur Novellierung und Entschlackung der Bayerischen Bauordnung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2364 vom 04.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/3252 des BV vom 10.07.2019
3. Beschluss des Plenums 18/3787 vom 25.09.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 25.09.2019



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach und Fraktion (FDP)**

Durchführung einer Expertenanhörung zur Novellierung und Entschlackung der Bayerischen Bauordnung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr führt eine Expertenanhörung zur Novellierung und Entschlackung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) durch, um praxisnahe Einblicke und Erfahrungen zu erhalten, die dazu beitragen, dass schneller, günstiger und insbesondere mehr gebaut wird.

Im Rahmen der Anhörung sollen folgende Fragestellungen thematisiert werden:

- Inwiefern kann eine Novellierung der BayBO dazu beitragen, dass schneller, günstiger und mehr gebaut wird?
- Welche konkreten Vorschläge gibt es, um die BayBO mit ihrem gesamten Anhang (inkl. aller Verordnungen) in ihrer Komplexität zu reduzieren und praxistauglicher zu gestalten?
- Welche Auswirkungen haben die genannten Entschlackungsmöglichkeiten auf den Wohnungsmarkt, die planenden und freien Berufe und die gesamte Bau- und Immobilienwirtschaft?
- Welche Praxisbeispiele können genannt werden, die die Gesamtherstellungskosten nach oben treiben? In welchen Artikeln sind diese insbesondere beinhaltet? Wie können diese im Sinne einer Baukostenreduktion insgesamt abgeändert werden?
- Welche konkreten Artikel sorgen für einen erhöhten Zeitaufwand in den folgenden Bereichen: Projektierung, Planung, Baugenehmigung, Bauprozess, Nutzungsaufnahme, Verwaltung, Instandhaltung und Instandsetzung?
- Inwiefern wäre eine Harmonisierung der einzelnen Länderbauordnungen sinnvoll und empfehlenswert? Welche Artikel können einheitlich geregelt werden?
- Inwiefern könnte ein serieller bzw. modularer Wohnungsbau einen Beitrag leisten?
- In welchem Zeitraum sollte ein Bauantrag angenommen bzw. genehmigt werden?

Begründung:

Jedes Jahr müssen allein in Bayern 70.000 Wohneinheiten fertiggestellt werden, um den Bedarf zu decken. Auch wenn die Anzahl an fertiggestellten Wohnungen kontinuierlich zunimmt, wurde die Zielmarke in den Jahren 2017 und 2018 um jeweils 10.000 verfehlt. Um den Neubaubedarf zu befriedigen, muss der Wohnungsbau erleichtert und beschleunigt werden. Hierfür könnte eine umfassende Deregulierung der Bauvorschriften zielführend sein. Die letzte Reform der Bayerischen Bauordnung, die eine Verfahrensvereinfachung als Ziel hatte, stammt aus dem letzten Jahrzehnt. Staatsminister Dr. Hans Reichhart hatte bereits im vergangenen Jahr angekündigt, alsbald eine Novelle der BayBO vorlegen zu wollen. Zur transparenten und aktiven Unterstützung beräumt der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zeitnah eine Expertenanhörung an.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und
Fraktion (FDP)
Drs. 18/2364**

**Durchführung einer Expertenanhörung zur Novellierung und Entschlackung der
Bayerischen Bauordnung**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Sebastian Körber**
Mitberichterstatter: **Jürgen Baumgärtner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 9. Juli 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 10. Juli 2019 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach und Fraktion (FDP)

Drs. 18/2364, 18/3252

Durchführung einer Expertenanhörung zur Novellierung und Entschlackung der Bayerischen Bauordnung

Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr führt eine Expertenanhörung zur Novellierung und Entschlackung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) durch, um praxisnahe Einblicke und Erfahrungen zu erhalten, die dazu beitragen, dass schneller, günstiger und insbesondere mehr gebaut wird.

Im Rahmen der Anhörung sollen folgende Fragestellungen thematisiert werden:

- Inwiefern kann eine Novellierung der BayBO dazu beitragen, dass schneller, günstiger und mehr gebaut wird?
- Welche konkreten Vorschläge gibt es, um die BayBO mit ihrem gesamten Anhang (inkl. aller Verordnungen) in ihrer Komplexität zu reduzieren und praxistauglicher zu gestalten?
- Welche Auswirkungen haben die genannten Entschlackungsmöglichkeiten auf den Wohnungsmarkt, die planenden und freien Berufe und die gesamte Bau- und Immobilienwirtschaft?
- Welche Praxisbeispiele können genannt werden, die die Gesamtherstellungskosten nach oben treiben? In welchen Artikeln sind diese insbesondere beinhaltet? Wie können diese im Sinne einer Baukostenreduktion insgesamt abgeändert werden?
- Welche konkreten Artikel sorgen für einen erhöhten Zeitaufwand in den folgenden Bereichen: Projektierung, Planung, Baugenehmigung, Bauprozess, Nutzungsaufnahme, Verwaltung, Instandhaltung und Instandsetzung?
- Inwiefern wäre eine Harmonisierung der einzelnen Länderbauordnungen sinnvoll und empfehlenswert? Welche Artikel können einheitlich geregelt werden?
- Inwiefern könnte ein serieller bzw. modularer Wohnungsbau einen Beitrag leisten?
- In welchem Zeitraum sollte ein Bauantrag angenommen bzw. genehmigt werden?

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat in seiner heutigen Sitzung die unter der Nummer 1 aufgeführte Verfassungsstreitigkeit, zu der bis zum 30. September eine Stellungnahme abzugeben ist und die die Bebauungspläne der Landeshauptstadt München betrifft, beraten und bei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, sich am Verfahren nicht zu beteiligen. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt.

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 9 und 11 der Liste, zu denen die AfD-Fraktion und die SPD-Fraktion Einzelberatung beantragt haben. Dies sind der Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD) betreffend "Rechtsstaat schützen – Keine Solidarität mit Verbrechern!" auf Drucksache 18/2935 und der Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Margit Wild, Florian von Brunn und anderer (SPD) betreffend "Solidarität mit Carola Rackete – Seenotrettung ist kein Verbrechen" auf Drucksache 18/2867. Der gemeinsame Aufruf der genannten Anträge erfolgt am Ende der Tagesordnung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und die AfD. Darf ich die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos) um Abstimmung bitten? – War das eine Zustimmung,

Herr Plenk und Herr Swoboda? – Enthaltung? – Ablehnung? – Enthaltung. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- | | |
|--------|---|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. August 2019 (Vf. 9-VII-19) betreffend
Antrag im Zusammenhang mit den Bebauungsplänen Nrn. 2002 und 2002 a der Landeshauptstadt München
PII-G1310.19-0013
Drs. 18/3705 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD
Das EU-Schulprogramm auch für Kinderkrippen ermöglichen
Drs. 18/2169, 18/2998 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Durchführung einer Expertenanhörung zur Novellierung und Entschlackung der Bayerischen Bauordnung
Drs. 18/2364, 18/3252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

4. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ralf Stadler u. a. und Fraktion (AfD)
Blauzungenkrankheit: Drohende Notschlachtung von Kälbern verhindern – Exporte aus Blauzungenkrankheit-Sperrgebieten wieder zulassen
Drs. 18/2384, 18/3005 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

5. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu Reaktionen der privaten Jägerschaft sowie der Bayerischen Staatsforsten auf Notsituationen durch extreme Wetterereignisse
Drs. 18/2546, 18/3270 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

6. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
EU-Überregulierung stoppen – Bayerische Unternehmen schützen und übermäßigen Bürokratieaufbau durch allumfassende Arbeitszeiterfassung eine Absage erteilen
Drs. 18/2549, 18/3303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Wolfgang Fackler, Petra Guttenberger u. a. CSU EuGH-Urteil zur Arbeitszeiterfassung genau prüfen und mit Augenmaß umsetzen
Drs. 18/2567, 18/3308 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,
Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a.
und Fraktion (CSU)
Die bayerische und tunesische Partnerschaft – ambitionierte
Fortentwicklung eines Erfolgsmodells mit Vorbildcharakter
Drs. 18/2846, 18/3307 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

9. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Margit Wild, Florian von Brunn u. a. SPD
Solidarität mit Carola Rackete – Seenotrettung ist kein Verbrechen
Drs. 18/2867, 18/3306 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag des Abgeordneten Markus Rinderspacher SPD
EU-Demokratie stärken: Ja zum Spitzenkandidatinnen- bzw.
Spitzenkandidatenprinzip
Drs. 18/2882, 18/3305 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
-----	-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

11. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Rechtsstaat schützen – Keine Solidarität mit Verbrechern!
Drs. 18/2935, 18/3304 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.